Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 5-6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Glauben zu handeln braucht, ist klar. Über Gefühle kann man sich eben nicht auseinandersetzen, sondern bloß streiten. Wenn ich sie habe, habe ich sie eben. Und räume ich dem Intellekt nicht das Recht ein, die Auswirkung und Betätigung der Gefühle zu überwachen, so muß mir jeder Andersfühlende ein Greuel sein. Daher rührt die immer zunehmende vernichtende Form gewisser heutiger gefühlsgeleiteter Modeströmungen z. B. in der Politik. Dagegen hilft die Predigt: Fort mit dem Krieg! Fort mit der Todesstrafe u. s. w. u. s. w. gar nichts. Das sind nur bestimmt beschränkte Äußerungsformen des menschlichen Vernichtungsdranges. Geistige Modeströmungen sind eine Art trockener Guillotine. Wer ihnen nicht entspricht, ist eben geächtet. Sie unterdrücken die Gedankenfreiheit, und sie tun recht daran von ihrem Standpunkte aus. Denn der schlimmste, der einzige wirkliche und wirksame Gegner der geistigen Modeströmungen ist das geschulte, methodisch klare, sichern Gesetzen folgende Denken. Wer in den geistigen Modeströmungen die Gefahr, besonders die Gefahr jeder demokratischen Einrichtung erkannt, sollte vor allem dafür arbeiten:

1. daß besonders in den Schulen auf die Pflege klarer Denkfähigkeit an Stelle des Erwerbs rein lexikalischen Wissens hingearbeitet werde;

2. daß in weitern Kreisen jene unbedingte geistige Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit geweckt werde, die sich auch zu der Bescheidenheit aufzuschwingen vermag, daß sie sagt: davon verstehe ich nichts!

Der Mut, der sagt: Wir sind noch lange nicht an aller Tage Abend; wir sind müde; wir sind in der Tiefe; aber wir wollen uns in ehrlicher Arbeit, auch in ehrlicher geistiger Arbeit emporringen, uns nicht am Rauschtrank irgend einer geistigen Modeströmung Scheinkraft trinken (man denke an gewisse überhandnehmende Volksbildungsbestrebungen!), der Mut muß vor allem wieder geweckt werden. Zu seiner Weckung dürfen wir das Gefühl anrufen, indem wir sagen: Der ist ein feiger Überläufer zu überwundenen Menschheitsstufen, der Erbauung auf Kosten nüchterner, gewissenhafter Denkarbeit haben will.

Politische Rundschau

Zur politischen Lage.

Was bedeuten Völkerbund und kleine Staaten in der großen Politik? — Frankreich auf dem Wege zur europäischen Vorherrschaft. — Die Gegenspieler und ihre Aussichten.

Jäh sind dieses Jahr die Sommerferien gestört worden und niemand konnte sich über zu wenig Zerstreuung in den Hundstagen beklagen, am wenigsten die Presse. Die Schlag auf Schlag völlig unerwartet hereinbrechenden Krisen haben wie alle diese unverhofften Ereignisse gleichsam mit Blitzlicht die Umrisse der europäischen politischen Lage hervortreten lassen. In der Erregung des Augenblicks hat man sich eben überall weniger sorgfältig in Acht genommen als sonst. In Reden und Schriftstücken, vor allem aber in der Presse sind Gedanken ans Tages-

licht gekommen, die man unter gewöhnlichen Umständen klug verborgen hätte. Und so ist nach dem vorläufigen Abflauen des Gewitters jeder aufmerksame und unvoreingenommene Beobachter der politischen Entwicklung unseres Erdteils in der Lage, weit deutlicher als früher den Kurs der einzelnen politischen Strömungen zu erkennen. Wer sehen und hören wollte, der hat die Politik unserer Großmächte in aller Klarheit feststellen können.

Zunächst möchte ich hier einmal fragen, ob jemand in den letzten anderthalb Monaten irgend etwas Wesentliches von der Tätigkeit des Völkerbundes gemerkt hat? Das kann mit gutem Gewissen wohl niemand bejahen. Die größte Krise, die wir in Europa seit dem Ruhrkonflikt gehabt haben, ist an der Genfer Maschinerie scheinbar spurlos vorübergegangen. Niemand hat überhaupt daran gedacht, die Vermittlung in dieser Krise der ausgerechnet für solche Vermittlungsaufgaben geschaffenen und mit gewaltigen Mitteln in Gang gehaltenen Organisation zu übertragen. Die Großmächte haben vielmehr ganz selbstverständlich die Anstrengungen zur Beilegung der Krise selbst in die Hand genommen und haben die ganzen Verhandlungen unmittelbar unter sich geführt, ganz wie in den Zeiten vor der Schaffung des Völkerbundes. Jetzt, wo auf allen Seiten Lebensinteressen auf dem Spiele standen, hat man den Umweg über Genf gespart. Man hat sich aber auch die Verhandlungen mit den im Völkerbundsrat vertretenen zahlreichen mittleren und kleinen Staaten erspart. Man hatte keine Zeit für großes Theater vor der Öffentlichkeit und für nutzlose Redereien. Man nahm sich nicht einmal die Mühe, den kleinern Staaten gegenüber das Gesicht zu wahren, sondern ging einfach über sie hinweg zur Tagesordnung über.

Es liegt mir ganz ferne, aus diesen Tatsachen dem Völkerbund einen Vorwurf zu machen. Er ist ja nur ein Objekt der Politik oder ein Mittel zur Verfechtung politischer Ziele und kann natürlich nicht mehr leisten, als diese Rolle zuläßt. Man darf sich deshalb auch gar nicht darüber wundern, daß er in den letzten Wochen einfach vergessen wurde. Aber alle diejenigen Kreise, die sich hinter dem Völkerbund so gerne eine gewaltige Macht vorstellen und in blindem Vertrauen auf diese Macht so gerne über die harten Tatsachen der Politik hinwegsehen, alle diese mögen doch ja jetzt einmal den Tatsachen ins Auge sehen und daraus ihre Lehren ziehen und — sie nicht so rasch vergessen! In kurzer Zeit ist wieder eine Sitzung des Völkerbundsrates fällig. Dann wird wieder das alte Spiel in Genf beginnen. Man wird die Kleinen wieder reden lassen und man wird die Welt glauben machen wollen, daß auf dieser politischen Bühne die Entscheidungen fallen. Dann denke man an die Julitage!

Noch etwas anderes möchte ich vorwegnehmen; nämlich den Hinweis auf die vollendete politische Ohnmacht der Kleinstaaten. Wir Schweizer sind ja so gerne überzeugt davon, daß wir trotz der Kleinheit unseres Landes in der Welt „etwas" bedeuten. Sorgfältig wird jede in diesem Sinne lautende Stimme aus dem Ausland verzeichnet und mit Wohlbehagen lauscht man dem vollen Klange unseres Frankens. Wenn Herr Motta in Genf eine seiner wirklich formvollendeten Reden mit den nötigen Verbeugungen vor links und vor rechts und mit den nötigen moralischen Kernstellen gehalten hat, dann glaubt man, daß die Schweiz energisch ins Rad der Geschichte eingegriffen habe. Wer aber hat in den letzten Wochen nach uns und nach unserer Meinung gefragt? Niemand, nicht einmal da, wo unsere materiellen Interessen in empfindlicher Weise gestört worden sind. Vielleicht dürfen wir allerdings später, reichlich später, wenn die Großmächte für die Sanierung des von ihnen errichteten Scherbenhaufens Geld brauchen, mithelfen, dieses Geld aufzubringen mit unsern schönen, runden, vollwertigen Franken. Mit hineingezogen in die Wirren werden wir so immer, aber mit entscheiden dürfen wir nicht. Das ist unsere Rolle in der Großen Politik!

* * *

Nun aber zu den Hauptspielern bei dem grausamen Spiel! Selbstverständlich wenden wir uns da zuerst Frankreich zu. Es hat ja die letzten Wochen hindurch mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt, wie stark seine Machtstellung heute ist. Welcher Unterschied ist das gegenüber der Zeit vor fünf Jahren. Damals befand sich der Franken scheinbar auf dem Weg in den Abgrund, in dem die Mark, die Krone, der Rubel u. s. w. schon verschwunden waren. Damals wackelte es in allen französischen Kolonien sehr bedenklich. Im Innern hoben die Kommunisten immer freier das Haupt, gegen Außen war man gezwungen, mit den Deutschen in Locarno zusammenzusitzen. Jetzt dagegen ist die französische Wirtschaft als einzige auf weiter Flur einigermaßen intakt. Der Franken steht zwar noch auf einem Fünftel seines frühern Wertes, aber die Staatsfinanzen sind im Gleichgewicht und die Staatsbank verfügt über einen enormen Goldschatz. Die Armee steht in voller, modernster Rüstung und Organisation da. Ein enormes, engmaschiges Verteidigungssystem ist an allen bedrohten Stellen im Bau. Die französische Politik kann ihre geschickte Taktik allenthalben mit den schwerwiegenden Gründen von Millionenkrediten unterstützen. Niemand ist da, der dem widerstehen könnte. Die französische Stellung auf dem europäischen Festlande ist überragend und vorläufig von keiner Seite zu erschüttern.

Unter solchen Umständen glaubt man in Paris seine Karten ziemlich offen zeigen zu können. Selbstverständlich läßt man keinen Augenblick ab von der kühnen Gleichsetzung der Sache des französischen Imperialismus mit der Sache des Weltfriedens und des Heils der Menschheit. Warum hätte man denn sonst versucht, diese merkwürdige Behauptung der ganzen Welt immer und immer wieder einzubläuen und nicht ohne Erfolg? Man hängt auch ganz gewohnheitsmäßig der französischen Ausdehnungspolitik das Mäntelchen der allerschönsten Phrasen von Recht und Gerechtigkeit über die Sache der Zivilisation bis hinüber zum Willen Gottes, des französischen Gottes wohlverstanden, um. Aber man spart sich doch so manchen Umweg und die radikalen Nationalisten machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Mit aller Energie wird die Durchsetzung der politischen Pläne Frankreichs verlangt und ohne Umschweife nötigenfalls die Gewalt als gutes Heilmittel empfohlen. „Besetzen wir Mainz!" So ruft Charles Maurras in der „Action Française" mit möglichst viel Stimmkraft aus und mit Behagen druckt die „Gazette de Lausanne" die Losung „Mayence, Mayence!" nach.

Ja, das sind eben die berufsmäßigen Krakehler des Nationalismus, das ist nicht das amtliche Frankreich! Diesen Einwand kann man natürlich machen, aber man wird damit nicht weit kommen. Wir Schweizer könnten ja über die Art der Politik des amtlichen Frankreichs schon einige Erfahrungen haben. Wir brauchen da gar nicht um ein Jahrhundert zurückzugehen; es genügt vollständig, wenn wir an die Taktik Frankreichs uns gegenüber im Versailler Vertrag und in den endlosen Zonenverhandlungen vom Gewaltstreich Poincarés bis zu den jüngsten Auseinandersetzungen denken. Was wir hier an Brutalität und auch Zielsicherheit im Kleinen erlebt haben, das können wir heute im Großen in der gleichen Vollkommenheit beobachten. Nehmen wir z. B. die Behandlung des kleinen unschuldigen Österreich. Man will ihm zwar den Abschluß eines Zollvertrages mit Deutschland durch den Völkerbund und den Haager Gerichtshof aus Gründen des Rechts und der Gerechtigkeit verwehren. Man scheut sich aber gar nicht, finanzielle Schwierigkeiten zum Anlaß zu nehmen, um dem kleinen Völkerbundsgenossen das politische Messer an die Kehle zu setzen. Man kann es ja gut verstehen, daß Frankreich seine Macht ausnutzt, aber das Störende dabei ist dann doch die Verbrämung der politischen Rücksichtslosigkeit und Brutalität mit salbungsvollen Sprüchen von Recht und Gerechtigkeit, Humanität und Zivilisation.

Dasselbe treibt Frankreich im allergrößten Maßstabe gegenüber Deutschland in dessen finanziellen Nöten. Mit aller nur gewünschten Offenheit erklärt der be-

kannte „Pertinax" in der Pariser Presse, Frankreich bestrebe sich, „den finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches zu den Zwecken der französischen Politik auszunützen". Man will Deutschland wieder mit neuen Verträgen binden. Man will alle die Lücken im Versailler Vertrag noch stopfen, die die Erreichung des Endzieles gefährden könnten. Dieses Endziel aber ist die völlige Ausmerzung Deutschlands als ernst zu nehmender Faktor.

An dieser Politik arbeitet auch die französische Linke eifrig mit. Briand vegetiert noch in ziemlich kläglicher Weise als französischer Außenminister und läßt andere handeln. Diese andern sind auch Linkspolitiker. Da ist der Ministerpräsident Laval, der sich so gut gehalten hat, daß sogar die Todfeinde zur Rechten ihm ihr Lob nicht versagen können. Da ist Herriot, der große Europäer, der bei uns so schöne Worte über die deutsch-französische Freundschaft gefunden hat und jetzt nicht scharf genug gegen die Deutschen losziehen kann. Wer will es da dem Kriegsminister Maginot als ausgesprochenem Vertreter der Rechten und des Nationalismus verargen, wenn er sehr vernehmlich mit dem Schwerte rasselt.

Alles in allem steht heute fest, daß die französische Regierung gestützt von einer überwältigenden Mehrheit im Parlament gewillt ist, die französische Vormachtstellung in Europa mit allen Mitteln zu wahren und weiter auszubauen. Das Frankreich des 20. Jahrhunderts unter der dritten Republik hält sich streng an den Weg, den schon Ludwig XIV., der erste und der dritte Napoleon gegangen sind. Jedesmal, wenn sich ein Weg zur Macht, zur unbeschränkten Macht öffnet, wird er beschritten, gleichgültig, wer gerade in Frankreich am Ruder ist.

Für uns Schweizer ist die Feststellung dieser Tatsache von besonderer Bedeutung, da die Auswirkungen der französischen Vormachtstellung uns immer mehr oder weniger empfindlich mit betroffen haben. Wir haben auch Gelegenheit, auf unserem eigenen Boden die französische Denkweise in ihrer rabiatesten Form zur Genüge zu beobachten und uns von der Art der französischen Politik daraus selbst ein Bild zu machen. Es ist ja geradezu erstaunlich, mit welchem Schwung die „Gazette de Lausanne" in den letzten Wochen den Kampf für die Sache Frankreichs aufgenommen hat. Sie hat darüber beinahe die Abwehr unserer Sozialversicherung zu kurz kommen lassen. Die Besorgnis war groß, daß Frankreich nicht energisch genug seine Interessen wahren würde und beflissen wurde deshalb von Lausanne aus Paris aufgemuntert, nur ja festzuhalten. „Wenn man einmal laut und deutlich sprechen würde ...", so überschrieb der Pariser Vertrauensmann der „Gazette", Maurice Muret, seinen Leitartikel vom 17. Juni; die Meinung war natürlich, es müsse des Friedens wegen mit Deutschland deutlich gesprochen werden. „Man muß auf der Hut sein!" rief am folgenden Tag der politische Leitartikler des Blattes aus: „Die Außenpolitik Frankreichs wird geradezu unverständlich. Das müßte merkwürdig zugehen, wenn daraus nicht für Frankreich und für den europäischen Frieden die größten Gefahren entstehen würden... Es ist notwendig, daß Frankreich klar und deutlich sagt, was es will und was es nicht will. Seine diplomatische Stellung bleibt stark genug: Es wünscht zwar mit Inbrunst den Frieden, verlangt jedoch die Innehaltung der Verträge. Deshalb haben alle, die den Krieg gewonnen haben, ein Interesse daran, mit ihm zu marschieren. Noch kann es ehrenvoll aus den bevorstehenden Schwierigkeiten hervorgehen. Aber die Zeit drängt; es ist schon sehr spät..." Es war eben damals die Zeit des Hooverangebots. Seither wird man in Lausanne mit Beruhigung festgestellt haben, daß Frankreich seine Ehre gewahrt hat. In jenen Tagen aber durfte auch der Berliner Mitarbeiter nicht fehlen, um gegen den amerikanischen Präsidenten mobil zu machen. Alle Kräfte wurden eben aufgeboten. Und um die nötige Stimmung zu machen, mußte schließlich der Zeppelin als im höchsten Maße spionageverdächtig den Waadtländern das Gruseln beibringen. „Die unaufhörlichen Besuche des Zeppelins beunruhigen in der Tat eine wachsende Zahl von Personen, die noch nicht alles vergessen haben... Es ist Zeit, daß man

folgendes begreift: Das Gefühl der etwas kindlichen Bewunderung, mit der unsere Bevölkerung zuerst das Erscheinen des Zeppelins begrüßte, wandelt sich allmählich in eine dumpfe Beunruhigung um... Selbst helvetischer Langmut hat seine Grenzen!" Man sieht, es hat in Lausanne nicht viel zur Mobilmachung gefehlt und die Lust fehlte nicht, 1931 da wieder anzufangen, wo man 1918 aufgehört hatte.

* * *

Welches sind nun die Gegenspieler Frankreichs? Ich will hier diesmal von Deutschland gänzlich absehen, um dessen Verhältnisse später ausführlicher zu behandeln. Dann bleiben die beiden angelsächsischen Großmächte und Italien übrig.

Ganz neu ist da das aktive Hervortreten der Vereinigten Staaten, die sich nun nach einem Jahrzehnt der Zurückhaltung wieder in unsere europäischen Verhältnisse einzumischen beginnen. Die Ursache für dieses plötzliche Eingreifen ist wohl in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Riesenreiches zu suchen, die nachgerade enorme finanzielle Einbußen mit sich bringen. Da befürchtet Amerika von einem Zusammenbruche Deutschlands weitere schwere unmittelbare Verluste von in Deutschland angelegten Kapitalien und außerdem neue Schwierigkeiten für seine Wirtschaft. Deshalb das angestrengte Bemühen, Deutschland über Wasser zu halten. Dabei geht freilich die Erkenntnis der Gefahr noch nicht so weit, daß sich Amerika zum vollen Einsatze seines Einflusses entschlossen hätte. Allerdings ist das Ansehen des Reichs ja auch nicht mehr so überwältigend wie in seiner wirtschaftlichen Blütezeit und außerdem machen die eigenen Nöte ein finanizelles Eingreifen auch nicht leicht. Einstweilen hat so Amerika durch sein Hervortreten für Deutschland eine Schonfrist erwirkt. Es muß sich aber erst noch zeigen, ob hinter den bisherigen Schritten Hoovers ein nachhaltiger und entschlossener Wille steht. Nur dann besteht eine Aussicht auf Erfolg.

Dieser Wille ist jedenfalls in England vorhanden, wo man die drohende französische Übermacht in nächster und durch Flugzeuge bedrohlicher Nähe hat und wo die Wirtschaft und die Finanzen jede Störung viel mehr empfinden. Deshalb darf man annehmen, daß es der englischen Regierung mit ihren Bemühungen zur Stützung Deutschlands und zum Zurückbinden Frankreichs voller Ernst ist. In dieser Absicht ist man wohl in London durch den französischen Angriff auf die britischen Finanzen nur bestärkt worden. Man hat gesehen, was den Franzosen zuzutrauen ist, und wird ihnen das nicht vergessen. Es frägt sich nur, wie weit die Kräfte Englands reichen? Darüber aber sind bei dem gewaltigen Verfall des Weltreiches seit dem Kriege mancherlei Zweifel erlaubt. Englands Finanzen und Wirtschaft sind nicht gesund und aus den Kolonien ist keine ernstliche Hilfe zu erhoffen. Ein Trost bleibt es in dieser ziemlich düstern Lage, daß endlich eine gemeinsame Front mit Amerika erzielt worden ist, und man wird zweifellos alles daran setzen, diese Front zu halten.

Der dritte Gegenspieler Frankreichs, Italien, hat sich vorsichtig zurückgehalten. Seine Interessen gehen freilich durchaus in derselben Richtung wie die Englands, aber der Staat ist nicht stark genug, um ernstlich aufzutreten. Er bleibt einstweilen bloßer Sekundant. So ergibt sich insgesamt eine noch recht lockere und gespaltene Gegenfront gegen Frankreich, die diesem kaum gefährlich sein kann. Das stellt Europa noch scharfe Auseinandersetzungen in Aussicht. Viel rascher, als man hat erwarten können, reifen so die Früchte von Versailles heran. Es fragt sich nur, ob nicht Frankreich schließlich durch sein zielbewußtes Streben nach der Hegemonie in Europa nicht doch wieder wie früher eine übermächtige Koalition gegen sich mobil machen wird?

Aarau, den 8. August 1931.

Hektor Ammann.

Bericht aus dem Deutschen Reich.

Kaum vermag die Feder des Berichterstatters dem stürmischen Zeitmaß der Entwicklung zu folgen. Wenn ich in meinen früheren Berichten das Schwergewicht der Betrachtung auf die geistigen Triebkräfte, die zur Wende drängen, legte, so muß ich dieses Mal die Welt der realen Tatsachen beschreiben, die umgestaltend auf das europäische Gesamtbild wirken.

Jetzt erst bewahrheitet sich der prophetische Satz Stegemanns, daß das besiegte Mitteleuropa in viel höherem Grade die Geschicke des alten Erdteiles bestimmen werde als das ehedem machtvolle und blühende. Es zeigt sich immer mehr, daß das System von Versailles kein europäisches Ordnungsprinzip ist, daß der Aberglaube Frankreichs, mit Gewalt diesen Zustand erhalten zu können, Europa in die schwersten Wirren stürzen muß. Die Weltgeschichte läßt sich eben nicht nach den primitiven Vorstellungen jener Leute umbiegen, die uns Reichsdeutschen begütigend zureden, unsere Niederlage endgültig anzuerkennen durch völligen Verzicht auf Selbstbestimmung, durch Gewöhnung an den Zustand, daß Europa von Paris aus regiert werde. Die biologische Mächtigkeit der europäischen Mitte ist zu stark, als daß sie sich von dem zivilisatorischen Konservativismus der Franzosen auf die Dauer unterdrücken ließe. Es nützt deshalb nichts, auf die „ungeschickte" nationale Opposition in Deutschland zu schimpfen. Viel klüger ist die Erkenntnis, daß diese Opposition mit geradezu naturgesetzlicher Wucht wachsen mußte, daß die Dauerversklavung der Deutschen durch Schuldparagraph und 58jährigen Tributplan eine sittliche Unmöglichkeit bedeutet.

Als Schacht „Das Ende der Reparationen" schrieb, wollte ihm die deutsche Linke seine Prophezeiung ebensowenig glauben wie die Weltfinanz. Heute gibt es in Deutschland keine Partei mehr, die es wagen könnte, die Wiederaufnahme der Tributzahlungen bestimmt in Aussicht zu stellen. Der Gärungsprozeß — man kann auch sagen: das Erwachen — des deutschen Volkes ist unaufhaltsam geworden. Wenn ich versuche, nachfolgend diese Entwicklung im Einzelnen zu schildern, so bin ich mir über die Schwierigkeit klar, alle Zusammenhänge schon jetzt, da wir noch mitten in der Umwälzung stehen, zu überblicken.

* * *

Den äußeren Anstoß bildete die Weltwirtschaftskrise, insbesondere die Unordnung auf dem Kapitalmarkte, begünstigt durch die Tributzahlungen. Sie zeitigte für das Deutsche Reich zunächst schwere innenpolitische Folgen: der gewaltige öffentliche Aufwand, der durch zehnjährige staatssozialistische Einflüsse bei uns üblich geworden war, mußte gestoppt werden. An dieser Stelle muß eine Bemerkung über den deutschen Sozialismus eingeflochten werden: das Ausland steht ihm häufig wohlwollend gegenüber, weil er für die Welt bequem war, außenpolitische Konflikte mied, und die Hegemonie Frankreichs nicht antastete. Man übersah, daß er dafür das kapitalistische System der ganzen Welt bedrohte. Wir wären viel weiter, hätte das Ausland zu den bürgerlich-nationalen Kräften ein stärkeres Vertrauen bewiesen und Verständnis für deren Opposition gegen Versailles aufgebracht. Denn es ist eine klare Tatsache, daß Deutschland seine Eigenschaft als wirtschaftlicher und sozialer Gefahrenherd der Sozialdemokratie verdankt.

Der Ausländer, ins Reich kommend, wundert sich über großartige Bahnhöfe, prachtvolle öffentliche Bauten und kostspielige Fürsorgeeinrichtungen. Er wirft deshalb dem deutschen Volk Mangel an Sparsinn vor und vergißt, daß diese ganze Art des Aufwandes aufgebaut ist auf einer Art von Staatssozialismus, der in den letzten 15 Jahren immer mächtiger wurde. Wir lebten im letzten Jahrzehnt von der Substanz des durch Krieg und Inflation ohnedies reduzierten Volksvermögens: man entwertete den Hausbesitz, ließ den Bauer Fronarbeit leisten und trieb die In-

dustrie in eine hemmungslose Verschuldung hinein. Die gewaltigen Mittel, die dadurch frei geworden waren, wurden durch gesteigerten Lebensstandard, insbesondere der breiten Massen, aufgezehrt. Dies ging, solange man Schulden machen, solange auf Kosten der Landwirtschaft gelebt werden konnte. Nun folgt das jähe Erwachen all jener, welche die Wirklichkeit nicht sehen wollten, jeden, der warnte, als Sozialreaktionär verschrieen und an den materiellen, willkürlichen Gesamtaufstieg des vierten Standes glaubten. Dieser vierte Stand hatte bei uns eine gewaltige politische Macht, die er rücksichtslos zu brauchen verstand. Jetzt ist sie gebannt: einmal durch die harte Tatsachenwelt, die — angesichts der Arbeitslosigkeit — jedes weitere Sozialisieren verbietet, sodann aber auch durch die starken Kräfte der nationalen Rechten, die gewillt ist, den weiteren Verfall der deutschen Volkswirtschaft nicht untätig mitanzusehen.

Was also in innenpolitischen Kämpfen nicht erreicht werden konnte, brachte ohne weiteres die Weltwirtschaftskrise und die Kassenebbe. Noch sträuben sich die deutschen Arbeitermassen gegen die peinliche Erkenntnis, daß unser soziales Fürsorgewesen, in seiner heutigen Gestalt wenigstens, nicht mehr haltbar ist. Noch wollen die Linksparteien nicht zugeben, daß die Grenze des Schuldenmachens erreicht ist und die eigene Kapitalbildung mit aller Macht wieder einsetzen muß. Wenn heute die sozialdemokratische Führung immer wieder auf den Ausweg französischer Anleihen verweist, so erntet sie damit im ganzen deutschen Volke nur ein ungläubiges Lächeln; denn in ihm hat sich mittlerweile die Erkenntnis verbreitet, daß es für uns nur harte Selbsthilfe und Verringerung des auswärtigen Zinsendienstes geben kann.

Nichts belehrt rascher und gründlicher als geschichtliche Tatsachen. Noch vor zwei Jahren galten Leute, die den Zusammenbruch des deutschen Parlamentarismus ankündigten, als ideologische Außenseiter. Heute leben wir im Zustande der legalen Diktatur und Herr Brüning kann so ziemlich tun, was er will. Ich sage mit Absicht „Herr Brüning" und nicht das „Kabinett Brüning". Denn diese merkwürdige Persönlichkeit führt heute unumschränkt. Nicht in psychologischem Sinne. Er ist kein Mussolini, der in Worten zu formen weiß, was das Volk fühlt. Er ist Aristokrat in englischer Bedeutung, fast schamhaft wortkarg und von einer fanatischen Sachlichkeit. Deshalb setzt er sich langsamer durch als jene Virtuosen, die auf dem Instrument der Volksseele zu spielen verstehen. Er hat seine Opposition, er ist auch nicht volkstümlich, aber er genießt Achtung. Und wenn man seine Gegner um Benennung eines Nachfolgers bittet, so werden sie zaghaft. Der Fehler seiner Politik ist, daß sie nur Löcher stopft und nicht das Reißen neuer Löcher verhindert; sie hinkt immer den Tatsachen nach und baut nicht vor. Sie ist nicht von einem Gesamtplan getragen, sondern eine Kette von Notmaßnahmen. Kein Tag, der diesem verantwortungsfreudigen Manne, der heute die Geschicke des deutschen Volkes leitet, keine Hiobspost bringt. Seine Zähigkeit und sein Gottvertrauen helfen ihm darüber hinweg.

Trotz seines Mangels an psychologischem Einfühlungsvermögen, an zündender Wirkung auf das Volk, leistet man Brüning Gefolgschaft. Er kann sich so ziemlich alles erlauben. Den Reichstag schiebt er mit einer Handbewegung auf die Seite, die Pressefreiheit hebt er ohne weitere Begründung auf. Von der Verfassung ist im Grunde nur noch ein Artikel übriggeblieben, mit dem er arbeitet. Die Linke meint, diese legale Diktatur würde die Parteiherrschaft in Deutschland retten und wagt deshalb nicht aufzubegehren. Die Rechte wirft Brüning vor, daß er seine Macht nicht brutal zur Ablösung dieses Systems einsetze. Die Gläubigen sehen in Brüning den Mann, der mit dem System gebrochen hat. Es ist schwer, heute schon festzustellen, ob Brüning dereinst als der dastehen wird, der Weimar und Versailles gerettet (wie die Rechte behauptet und die Linke wünscht) oder als der Mann, der das deutsche Volk zur inneren und äußeren Selbstbehauptung und Gestaltung ge-

bracht habe. Sehr intime Kenner der Persönlichkeit und der Verhältnisse neigen dazu, Brünings Aufgabe darin zu sehen, Weimar und Versailles ad absurdum zu führen. Sie zweifeln, ob er subjektiv und objektiv etwas anderes leisten könne als Räumungsarbeit. Aber wie dem sei: auch diese will getan sein, und auch der Ungeduldige wird zugeben müssen, daß man über das Zeitmaß, in welchem die deutsche Wandlung sich vollzieht, geteilter Meinung sein kann, daß Brüning mit seiner Methode, das deutsche Volk durch Tatsachen zu überzeugen, vielleicht das Richtige trifft.

Ich glaube nicht, daß die Rückkehr zu normalen parlamentarischen Verhältnissen, zur Parteiherrschaft, wie sie vorher bestand, jemals möglich sein wird. Und darin liegt innenpolitisch die Umkehr: die deutsche Demokratie ist in hohem Maße präsidentiell geworden, geheiligte Rechte der Parteiführer sind unter dem stillen Beifall des deutschen Volkes gefallen. Wenn Brüning morgen aus seinem Kabinett die Parteimenschen ausschiffte und sie durch sachlich und fachlich geeignete Köpfe ersetzte, wäre er der Zustimmung der Öffentlichkeit sicher, und ein allgemeines Hohngelächter würde die Protestentschließungen der Parteivorstände begleiten. Aber auch in diesen Dingen ist er Zauderer, möchte den Bogen nicht überspannen, obwohl er vielleicht fühlt, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, da man über den moorigen Untergrund des deutschen Staates nur in kühnen Sätzen hinwegspringen kann und nichts mit langsamem, schrittweisem Vortasten erreicht. Jedenfalls steht fest, daß irgendwelche Kabinettsumbildungen im Sinne früherer Parteikoalitionen kaum möglich sind. Das Schwergewicht ist in die hohen Verfassungsinstanzen verlegt worden, die Nebenregierung der Fraktionszimmer gebrochen. Damit sind die Dinge in Fluß gekommen und der Weg zur inneren Neugestaltung des deutschen Volkes offen.

* * *

In viel höherem Maße gilt dies für die deutsche Außenpolitik. War Locarno die Besiegelung des Systems von Versailles und die dort geschaffene Atmosphäre nicht mehr als eine äußere Form, so kann jetzt zum ersten Male von einer wirklichen Durchbrechung des Geistes von Versailles die Rede sein. Auch außenpolitisch haben die Tatsachen auf die Weltmeinung entscheidend gewirkt. Ich kann nicht annehmen, daß heute noch objektive Menschen in der Welt an eine Durchführung des Youngplanes glauben. Und mit der Erkenntnis von der wirtschaftlichen Unmöglichkeit solcher modernen Versklavungsmethoden wächst auch die Problematik, welche die Berechtigung zu solchen Tributauflagen umgibt. Man fängt an, die französischen Zahlen nachzurechnen; auch frankreichgläubige Menschen stellen fest, daß kein Land die Kriegsfolgen so rasch überwunden hat, als das ewig jammernde Frankreich. Der Sicherheitsruf der Franzosen wird angesichts ihres Militarismus mit immer größerer Skepsis aufgenommen. Die französische Finanzhegemonie aber hat auch Blinde sehend gemacht. Amerika und England mußten mit Schrecken feststellen, daß ihre gemeinsame Geldmacht nicht mehr ausreicht, Frankreich in die gebührende Stellung zurückzuweisen. Die französische Finanzhegemonie atmet etwas vom Geiste Napoleons, die Angriffe auf das Pfund erwecken Erinnerungsgefühle an die Kontinentalsperre. Zum ersten Mal seit Kriegsende ging deshalb die Initiative zur Erleichterung der deutschen Lage von den Angelsachsen aus; New York und London fühlten mit Schrecken den Herrschaftsanspruch einer Weltmacht; desselben Volkes, das jahrelang vor den Angelsachsen um Hilfe gekniet hatte. Vielleicht datiert von der Hooveraktion der große Umschwung seit Versailles. Die Welt wird in den nächsten Monaten und Jahren mit Staunen sehen, welche Anstrengungen Frankreich machen wird, Versailles zu retten. Die Tributzahlungen hatten nur den Sinn, Deutschland politisch niederzuhalten. Wenn sie nun unmöglich geworden sind und in absehbarer Zeit ganz wegfallen, so wird Frankreich daraus die Schlußfolgerung ziehen — Ansätze zu dem neuen Vorgehen konnten schon beobachtet werden —, an-

stelle des zusammenbrechenden Systems von Versailles eine neue Fesselung zu ersinnen. Brüning durchschaute die französische Haltung und blieb deshalb in Paris und London fest. Man wird ihm nicht vergessen, daß er damit auch die deutsche Außenpolitik in ein neues Fahrwasser lenkte, daß er den Mut zum Widerstand aufbrachte, trotzdem es im deutschen Hause drunter und drüber ging. Man kann sich jedoch an den Fingern ausrechnen, daß die Franzosen, die eine politische Ernte in die Scheune bringen wollen, mit neuen Vorstößen nicht solange warten wollen, bis wir uns gekräftigt haben. Sie werden die deutsche Schwäche auszunützen versuchen und ihren Goldkrieg weiterführen. Wirtschaft und Geld waren seit jeher für Frankreich Mittel zu politischen Zwecken. Der Finanzapparat reagiert auf den geringsten Druck derjenigen, welche die politische Tastatur bedienen. Wir dürfen deshalb auf das Stillhaltekonsortium nicht allzugroße Hoffnungen setzen, zumal Frankreich eine höhere Beteiligung an den kurzfristigen Krediten ableugnet und „neutrale" Strohmänner vorschiebt. Wir müssen uns also auf baldige neue Vorstöße gefaßt machen.

Hätte Deutschland 1924 seine Währung auf der nationalen Wirtschaft aufgebaut und nicht auf der reinen Gold- und Devisendeckung, so wären wir gegen Währungsattacken widerstandskräftiger gewesen. Dies ist der Grund, weshalb weite Kreise in Deutschland die Einziehung der Rentenmark bedauern und ihre Wiedereinführung fordern. Diese Ansicht teilen namhafte Währungspolitiker der verschiedensten Länder, weil sie die Gefahr, welche der nationalen Arbeit von der Goldseite her droht, erkannt haben. Es kann deshalb sein, daß der jetzige Goldkrieg einen Auftrieb des Währungsnominalismus bringt; es ist möglich, daß dem deutschen Volke zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft gar kein anderer Weg übrig bleibt. So sehen wir, wie die Not schöpferisch macht, innenpolitisch, außenpolitisch und auf dem Gebiete der Währung und der Wirtschaft.

Dennoch hängt das deutsche und damit auch das europäische Schicksal an einem Faden. Wir haben — trotz größter Illusionslosigkeit — in diesen Wochen staunend erlebt, wie uneuropäisch Frankreich denkt. Es fühlt mit starrem Konservativismus französisch und nur französisch. Es will lieber Europa zugrunde gehen als seine Hegemonie fahren lassen. Die Neuordnung der osteuropäischen Wirtschaften, die auf den deutschen Markt auf Gedeih und Verderb angewiesen sind, verhindert es mit geldlichem und politischem Drucke. Dabei dämmert in Bukarest und Belgrad, sogar in Prag und Warschau die Erkenntnis, daß man dort zwar vom französischen Golde, aber in noch höherem Maße von der deutschen Volkswirtschaft abhängig ist. Frankreich kümmert dies alles nicht. Mit einer Unbelehrbarkeit, welche der grandiosen Form nicht entbehrt, will es die mitteleuropäische Struktur nicht sehen, jede Ordnung verhindern und lieber östlich vom Rhein das bolschewistische Chaos als die Unabhängigkeit von Paris. Der Glaube an eine Verständigung mit Frankreich unter den heutigen Kräfteverhältnissen ist deshalb im Reiche auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft. Die junge Generation lehnt keineswegs eine Verständigung mit Frankreich ab, aber sie hält sie nur für möglich, wenn die Franzosen überzeugt worden sind, daß sie einem gleichberechtigten Partner gegenüberstehen. Von dieser Erkenntnis trennen sie leider noch Welten.

Gelingt es Deutschland in den nächsten zwei Jahren, seine Wirtschaft und seine politischen Verhältnisse neu zu ordnen, dann kann die große Wende für Europa beginnen. Läßt man uns dazu keine Luft, so sollten sich alle wahrhaften Europäer und alle Mitteleuropa zugehörenden kleineren Völker darüber klar werden, daß sie mit in den Strudel des Abgrundes gezogen werden. Deutschland hat jetzt für ganz Europa die gewaltige Frage zu lösen, wie der Hypertrophie des vierten Standes, der seelischen Entwurzelung der breiten Großstadtmassen begegnet werden kann. Es hat die Aufgabe, eine neue Aristokratie der Führung und der Verantwortung zu errichten; eine starke christliche und im edelsten Sinne des Wortes bürgerliche Autorität zu schaffen. Man täusche sich nicht: Frankreich kann diese Aufgabe für

Europa nicht lösen. Es kann bestenfalls Oase bleiben im bolschewistischen Sandmeer. Die Entscheidung liegt bei der Mitte.

München, Anfang August 1931.

Edgar J. Jung.

Vordergründe und Hintergründe des deutsch-französischen Verhältnisses und ihre Wiederspiegelung in der schweizerischen Presse.

Politik hat ihre Vordergründe und Hintergründe; die ersteren sind für den Eindruck auf die Welt berechnet; die letzteren kennen meist nur die Handelnden ganz. Kaum je hat sich eine Außenpolitik in ihrer wahren Gestalt der Öffentlichkeit gezeigt. Das eigene Volk will und wünscht, daß ihm seine Machtgelüste und sein Vorteil als das Wahre und Gute dargestellt werden und die Weltmeinung muß durch eine rührende moralische Fabel gewonnen sein. Aber diese Spielregeln für das öffentliche Theater der Politik binden auch die wirklichen Staatshandlungen einigermaßen, da sonst der Gegensatz zwischen den vorgegebenen Absichten und Zielen und dem realen Willen und Tun auffällig werden müßte. Deshalb erhob sich immer eine allgemeine Entrüstung bei Zuschauern und Mitspielern in der Geschichte, wenn ein Führer und ein Volk es wagten, unverhüllt und geradewegs das zu tun, was sonst im Verborgenen und unter vielen Hemmungen geschieht. So treten eben dunkle geschichtliche Kräfte nackt und hemmungslos zu Tage.

Kluge Staatsmänner haben es aber je und je verstanden, ihre Machtziele durch geschicktes Verkleiden als gerechte Forderungen, die im Interesse aller liegen, aufzustellen und den Gegner ins Unrecht zu setzen.

Dabei sind Staatsmänner kaum bösartiger als andere Menschen; aber in den großen Kollektivorganismen sammelt sich so viel Dämonie der Macht, daß ihr Lebenskampf rücksichtsloser und großartiger vor sich geht als bei den einzelnen Menschen. Der moderne Macht- und Nationalstaat besonders behauptet einen heiligen und absoluten Lebensanspruch, den er ziemlich ungehemmt und unbeschränkt durchsetzen will. In ihm steigern sich Gesamtegoismus und Gemeinschaftswille oft zu übermenschlichem und unmenschlichem Maß und auch zu heroischer Größe. Der harmlose und unbeteiligte Einzelne, der uneingeweiht seinen Weg geht und nur einen kleinen und ungefährlichen Teil zum Ganzen beiträgt, würde erschrecken, wenn er das ganze und volle Antlitz seines Staates sehen würde, so hart und unerbittlich sind manche Züge darin. Wer aber in den Kreis der Regierenden gelangt, wird eingefangen von der Wucht der Machtdynamik.

Haben sich diese mächtigen Grundkräfte des Staatenlebens geändert seit dem Weltkriege, da nun jedes Volk den Frieden sichern will und Scheu empfindet vor den Folgen einer ungehemmten Machtpolitik?

Bei der Verbundenheit aller Lebensinteressen kann sich heutzutage ein Staat nur schwer absondern vom Schicksal der andern; das Unglück des einen wirkt auf alle andern.

Das Verhältnis von Frankreich und Deutschland lastet schwer auf Nachkriegseuropa und hemmt dessen Genesung von den Leiden des großen Kampfes. In der Darstellung der offiziellen Politik zeigt sich dieser Gegensatz als ein tragisches Mißverständnis zwischen den beiden Kulturvölkern, von denen keines genügend Mut und Vertrauen finden könne, um mit dem andern ein dauerhaftes und gegründetes Friedensverhältnis einzuleiten. Mißtrauen gegen den deutschen Nachbarn hindere die Franzosen, dem unterlegenen Gegner genügend entgegenzukommen, zur Mil-

derung der harten Friedensbedingungen ernstlich Hand zu bieten und Deutschland so wieder ein freies und würdiges Dasein zu ermöglichen. Das deutsche Volk könne dieses Zögern und Abwarten nicht begreifen und verliere selber Lust und Mut, Verständigungswillen zu zeigen. Geschichtliches Schicksal, beidseitiges Unrecht und gegenseitig zugefügte Gewalttat stünden als böses Erinnern hemmend zwischen den beiden Völkern.

Einem leidenschaftslosen und verständigen Zuschauer muß es als unbegreiflich erscheinen, wenn bei solcher Sachlage das gemeinsame tiefe Friedensbedürfnis nicht endlich die düstern Schatten der Geschichte zu überwinden und die Interessen der Gegenwart über die Ängste der Vergangenheit zu siegen vermögen.

Ist aber mit dieser Auffassung wirklich die ganze Tiefe des politischen Gegensatzes erfaßt, oder verbergen sich hinter dem offiziellen Bild nicht noch andere, gefährlichere Kräfte, die aus den verborgenen Wurzeln des modernen expansiven Machtstaates wachsen?

Die schweizerische Presse begnügt sich in ihren Betrachtungen im allgemeinen mit der Reichweite der offiziellen Darlegungen. Hofft sie am ehesten dem Frieden zu dienen, indem sie die sachlichen Grundlagen der politischen Beziehungen als einer Verständigung günstig darstellt, und glaubt sie damit die psychologische Atmosphäre für die Erhaltung des Friedens bessern zu können?

Das Verhältnis von Frankreich und Deutschland zeigt sich im öffentlichen politischen Gespräch zwischen den beiden Ländern folgendermaßen:

Frankreich will Sicherheit seiner Lebensstellung gegenüber Deutschland durch überlegene Macht, wobei es von diesem Gesichtspunkt aus den Frieden durch den Völkerbund zu organisieren sucht. Es begehrt zugleich einen an der Grenze des Möglichen gehaltenen Ersatz für seine Kriegsschäden. Nach seinen Kriegserfahrungen glaubt es auf alles das ein Recht zu haben. In diesen Forderungen drückt sich sein elementarer politischer Wille aus. Es will die bestehenden Verhältnisse und Rechtsbindungen aufrecht erhalten, weil diese seinen Zwecken einigermaßen genügen.

Einem Entgegenkommen an Deutschland ist es nicht ganz abgeneigt, wenn dieses Gewähr für seinen friedlichen Willen und für sein Sicheinfügen in die bestehenden Machtverhältnisse bietet. Natürlich können sich diese Zugeständnisse, zu denen Frankreich bereit sein mag, nur auf Dinge beziehen, die seine Machtstellung nicht dauernd und wesentlich mindern oder schädigen, wie das zum Beispiel bei einer Aufrüstung Deutschlands, beim Anschluß oder auch bei der Rückgabe des Korridors der Fall wäre. Eine Erleichterung der Reparationslast im Rahmen eines Gesamtabkommens der beteiligten Mächte, auch verbunden mit Opfern von der Seite Frankreichs, und wohl auch gewisse beschränkte Verbesserungen der Grenzverhältnisse im Osten würden Deutschland freiern Lebensraum verschaffen, ohne daß die jetzige Machtordnung in Europa angetastet wäre. Frankreich ließe darum wohl mit sich reden über diese Fragen. Aber die Siegermacht verfolgt mit Argwohn die deutsche Politik, und jede energische Protestäußerung gegen die bestehenden Verträge ist ihr Anlaß, die eigene Unnachgiebigkeit erneut zu behaupten und zu rechtfertigen. Sie faßt jedes entschiedene deutsche Fordern nach Änderung der Verhältnisse als kriegerische Absicht auf, obwohl die deutschen Parteien zum überwiegenden Teil diesen ihnen zugedachten Willen bestreiten. Diese seine Einstellung begründet Frankreich mit den gefährlichen Kräften, die in seinem ehemaligen Gegner leben und die ihm selbst ein gesichertes Dasein nur dann erlaubten, wenn sein Nachbar keine Machtmittel besitze und man ihm gegenüber sich energisch und unnachgiebig zeige.

Im vergangenen Abschnitte der Verständigungspolitik versuchten beide Länder sich über ihre beiderseitigen Ziele und Bedürfnisse zu vereinbaren. Die deutsche Regierung hoffte, durch friedensbereite Einstellung das französische Mißtrauen zu

entwaffnen, um in einer Atmosphäre des Vertrauens beim Nachbarn Verständnis zu finden für die Begehren, die deutsche Lebensbedürfnisse gegen die bestehende Ordnung Europas erheben. Aber diese Forderungen gehen auch auf Dinge, die das französische Sicherheitsbedürfnis betreffen, wie der Anschluß und die Ostfragen. Für Deutschland jedoch sind diese Begehren Ausdruck tiefer Gefühlswerte und großer wirtschaftlicher Interessen.

Zwischen beiden Ländern besteht so ein Kreis von Fragen, bei denen eine Verständigung aussichtsvoll erscheint, weil sie eben nicht unmittelbar die französischen Sicherheitsforderungen berühren und doch für Deutschland von lebenswichtiger Bedeutung sind. Doch werden die Auseinandersetzungen darüber erschwert durch die Hartnäckigkeit, mit der Frankreich auf den Vorteilen der bestehenden Rechtstitel beharrt und wegen seiner Angst, daß Deutschland jede Erleichterung seiner Lage benutze, die Frankreich peinlichen Fragen mit umso größerer Entschiedenheit aufzugreifen. In Deutschland lebt man zu sehr in den eigenen Wünschen und Nöten, um den Unterschied zu verstehen, den Frankreich zwischen einer vorsichtigen Behandlung der Reparationsfrage und einer Auseinandersetzung über den Anschluß macht.

Die gefährlichen Probleme, die sich auf die Machtverhältnisse in Mitteleuropa beziehen, erschweren auch die Verhandlungen über die leichteren Fragen. Beide Parteien wollen sich sichern inbezug auf die weitern Möglichkeiten der gegenseitigen Auseinandersetzungen: Frankreich möchte Deutschlands Verzicht erhalten auf alles, was seine Sicherheitswünsche angeht, und Deutschland will sich gerade den Weg für solche weitern Begehren freihalten.

Dabei hoffen auf deutscher Seite die Verständigungsanhänger, daß nach einer vernünftigen Lösung der Fragen leichterer Art eine tiefgreifende Beruhigung und Klärung der Beziehungen der beiden Länder eintreten würde. Sie glauben weiter, daß dadurch auch eine Behandlung der schwierigern Gegensätze möglich sein würde, weil in diesem Falle Frankreich keinen Grund mehr zu Mißtrauen hätte und nicht mehr so starr auf Bewahrung seiner Machtstellung bedacht sein müßte. Um diese Aussicht zu fördern, müßte aber Deutschland seinen skeptischen Nachbarn von den eigenen friedlichen Absichten überzeugen können. Diese Hoffnung beruht auf der Voraussetzung, daß die französische Sicherheitspolitik sich nur auf die offiziell gebrauchten Erwägungen stützt: sein Schutzbedürfnis vor den kriegerischen Gelüsten des östlichen Nachbarn.

Es gab eine Zeit, wo die große Mehrheit des deutschen Volkes auf die Verständigungspolitik eingestellt war. Damals erschien der französische Argwohn übersteigert, da in Deutschland wenig an einen Revanchekrieg gedacht wurde und die herrschenden Parteien zu friedlicher Auseinandersetzung über alle Fragen sehr bereit waren. Besaß in jener Zeit Frankreich noch nicht genügend Abstand vom Kriegserlebnis, um für die Leiden seines ehemaligen Gegners Verständnis aufzubringen? Oder bestimmen andere Gründe als die öffentlich gebrauchten Argumente seine Haltung?

Um diese Frage zu untersuchen, muß die gesamte Politik Frankreichs betrachtet werden. Frankreich hat in den ersten Nachkriegsjahren großzügig und entschlossen seine Mittelmeerstellung und sein Kolonialreich ausgebaut. Dadurch ist es in verschärften Gegensatz zu seinem ehemaligen Kriegsverbündeten Italien und, wegen der Irakölfragen, auch mit England in ernsthaften Widerstreit geraten. Von der Last des Druckes auf seine Ostgrenze befreit, konnte es sich ungehemmt auf den kolonialen Imperialismus einlassen. Im Streit um die Beute des Weltkrieges vermochte es sich mit England zusammen das Wertvollste zu sichern: Kamerun, Togo und Syrien ist sein Anteil. Syrien ist wichtig als Flankenstellung zum Suezkanal und weil es an die Nachbarschaft der Mossulpetroleumfelder grenzt. Im Kampf um die Ausbeutung dieser mächtigen Ölfunde setzte es sogar sein Alliierten-

verhältnis zu England einer starken Belastung aus. Vielleicht wäre für Frankreich in dieser Zeit ein englisches Bündnis zu erhalten gewesen, wenn es in dieser für England bedeutenden Frage nachgegeben hätte. In den letzten Jahren änderten sich aber die kolonialen Verhältnisse gänzlich. Zur Abwehr der gefährlichen Selbständigkeitsbewegung der Eingeborenenvölker mußten sich England und Frankreich zu einer gemeinsamen Stellungnahme zusammenschließen. Aus der Rivalität der Kolonialvölker ist die Interessengemeinschaft der in ihrem Besitze vom gleichen Gegner Bedrohten entstanden.

Diese entscheidenden Auswirkungen der französischen Kolonialpolitik geschahen in den ersten Nachkriegsjahren, als Frankreich auch auf dem Kontinent seine Machtbestrebungen rücksichtslos verfolgte. Seither hat sich die Wendung zur Verständigungspolitik gegenüber Deutschland vollzogen. In seinem Verhältnis zu England behauptete aber Frankreich seine Stellung ungeschmälert, wie der kürzlich abgeschlossene Vertrag über die Ausbeute der Irakölfelder zeigt. Da Frankreich bis jetzt auch Italien keine ernsthaften Zugeständnisse gemacht hat, muß es sich stark genug fühlen, auch diesen Gegensatz ungemildert zu ertragen.

Diese Erfolge der französischen Politik beruhen darauf, daß Frankreich an seiner Ostgrenze machtpolitisch nicht gebunden ist. Sonst wäre natürlicherweise seine Lage gegenüber den Kolonialrivalen schlechter, da es dann noch anderm Machtdruck ausgesetzt wäre als jetzt, und es müßte so starke Spannungen mit diesen Ländern vermeiden. Die Vorkriegspolitik zeigt diese Auswirkungen klar. Es ist nicht anzunehmen, daß ein starkes Deutschland sich im Kampf um koloniale Vorteile beiseite halten würde (es handelt sich dabei doch oft um große Wirtschaftsinteressen), es würde vielmehr wohl energisch versuchen, zu seinem Nutzen einzugreifen. Ein deutscher Druck müßte sich aber aus geopolitischen Gründen vor allem gegen Frankreich richten, weil eine machtpolitische Einwirkung auf diesen Nachbarn am leichtesten möglich ist, während die andern Großmächte dem deutschen Machteinfluß ferner stehen.

Frankreich wird, auch ohne eigentlich wirtschaftsimperialistischen Bestrebungen zu huldigen (seine wirtschaftliche Expansionskraft ist gering), doch durch seine Kolonialinteressen in den Mächtekampf der Weltpolitik hineingezogen. So beruht seine jetzige Weltstellung in hohem Maße auf der Schwäche Deutschlands, und zu einer Verständigung mit Letzterem wird es nur dann bereit sein, wenn dieses endgültig darauf verzichtet, in der Weltpolitik und im Kampf um kolonialen Gewinn eine Rolle zu spielen. Frankreichs Mißtrauen gegen Deutschland hat so tiefern Grund, als es selber haben will. Alle deutschen Äußerungen eines entschiedenen staatlichen Eigenwillens, alle deutschen Versuche, sich im Rahmen der jetzigen Verhältnisse eine Machtstellung zu schaffen sind ihm äußerst unangenehm, da sich dadurch notwendigerweise seine eigene Machtlage verschlechtert. Nur wenn sich Deutschland mit einem provinzialen Dasein begnügt und, wie die kleinern Staaten, nicht mehr versucht, in den Fragen der Weltpolitik mitzureden, wird ihm Frankreich ein aufrichtiges Entgegenkommen beweisen und ihm bei seinen Schwierigkeiten helfen. Wie entscheidend der machtpolitische Gesichtspunkt die französische Politik Deutschland gegenüber bestimmt, zeigen die letzten Ereignisse. Frankreich will Deutschland mit allen Mitteln zwingen, auf diejenigen politischen Bestrebungen zu verzichten, die ihm vermehrtes Machtgewicht geben könnten: den vertraglich erlaubten Ausbau seiner Flotte, die Revision der Ostgrenzen und die Zollunion. Gegen diese deutschen Verzichte wäre es bereit, an der Wiederaufrichtung der deutschen Finanzordnung mitzuhelfen.

Ein solcher Verzicht fällt dem deutschen Volke schwer. Ein großes Land sieht sich nur ungern wehrlos zwischen stark gerüsteten Nachbarn und will in den Weltfragen auch etwas zu sagen haben. Vor allem wird es durch seine Machtlosigkeit in der Expansion seiner Wirtschaft gegenüber den Mitbewerbern, deren wirtschaftliche Kräfte in allen kolonialen und halbkolonialen Ländern durch die eigene Staats-

macht gestützt werden können, benachteiligt. Deutschland ist aber wegen der Passivität seiner Handelsbilanz und wegen der Reparationszahlungen zu erhöhter Exporttätigkeit gezwungen, wodurch diese Wirkung umso drückender wird. Die in fast allen Ländern bestehenden Schutzzölle vermehren zudem die Bedeutung von Kolonien und kolonialen Beziehungen.

So stehen hinter den großen politischen Auseinandersetzungen der beiden Länder noch immer die alten Vorkriegsgegensätze, die aus dem expansiven Macht- und Wirtschaftswillen des modernen Staates stammen. Man wird die Politik der beiden Länder nie richtig allein aus ihren kontinentalen Beziehungen beurteilen können, weil ihr Widerstreit nur teilweise daraus stammt. Welchen Einfluß die deutsche Macht auf die Weltstellung Frankreichs ausüben kann, zeigt der Vergleich zwischen der französischen Kolonialpolitik vor und nach dem Kriege. Von einem schweren Hemmnis befreit, vermochte diese sich seit 1918 viel freier und energischer auszubreiten, so daß Frankreich heute zur entscheidenden Kolonialmacht neben England aufgerückt ist.

Um der Verständigung willen haben die französische und die deutsche Regierung einige Zeit hindurch in ihren Verhandlungen die schwersten und gefährlichsten Fragen beiseite gelassen, um sich über die andern leichter vereinbaren zu können. Aber die zurückgedrängten Gegensätze wirkten doch immer wieder in die öffentlichen Besprechungen hinein.

Die Schweizer Zeitungen mögen in guter Absicht die Hoffnung auf gütliche Lösung der europäischen Streitigkeiten bestärken wollen, indem sie die Beziehungen von Frankreich und Deutschland günstiger darstellen, als sie in Wahrheit sind. Solcher Betrachtung wohnt aber die Gefahr inne, daß man den Blick für die Wirklichkeit verliert und die Schweiz sich Illusionen über die Weltlage hingibt. Wohl schafft die Verflechtung der Zivilisation und Wirtschaft zwischen allen europäischen Kulturvölkern eine Gemeinsamkeit der Interessen. Aber ebenso groß und tief gegründet sind die Gegensätze zwischen ihnen. Nur wenn man beides erwägt, gelangt man zu einem richtigen und gerechten Urteil. Und ein solches allein ist die Voraussetzung für einen Weg, von dem man hoffen kann, daß er zu einem dauerhaften Ausgleich führt.

Zürich. Hans Böhi.

Kultur- und Zeitfragen

Mitteleuropäischer Wirtschaftszusammenschluß.

Unter dem Titel „Eine Zollunion mit Deutschland; als Gewähr unserer wirtschaftlichen Selbstbestimmung" hat kurz vor Bekanntwerden des Planes eines österreichisch-deutschen Zollvertrages ein Holländer, Dr. E. van Rappard, eine Schrift herausgegeben (Verlag Boucher, Haag), in der er für eine holländisch-deutsche Zollunion eintritt. Die Schrift ist in verschiedener Hinsicht äußerst lehrreich und verdient — wegen der Gleichheit mancher Fragestellung auch für die Schweiz — auch bei uns Beachtung.

Am unmittelbarsten wird Holland nach Rappard von der Tatsache berührt, daß Deutschland sich in einer Lage befindet, die es ihm nicht gestattet, seiner Aufgabe als Bollwerk und Vermittler zwischen dem westlichen Wirtschaftskapitalismus und den kommunistischen Extremen nachzukommen. Es sei vollständig verkehrt, zu glauben, daß man über die Tatsache eines Deutschland, das sich kaum aufrecht zu halten wisse, einfach zur Tagesordnung übergehen könne, und daß damit die allgemeine Krisis aus der Welt geschaffen sei. Trotzdem habe bisher bei den andern